

# Calmer Calwblatt

Nr. 24.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

94. Jahrgang

Veröffentlichungswort: 4 mal wöchentlich. Die Preisliste Seite 15 Bg. Reflektion 25 Pf. Schluss der Abrechnung 9 Uhr vormittags. Fernsprecher 9.

Donnerstag den 30. Januar 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mt. 2,25 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- und Nachbarortverkehr Mt. 2,15, im Fernverkehr Mt. 2,25, Bestellgeld in Württemberg 50 Pf.

## Zur Waffenstillstands- und Friedensfrage.

Protest der deutschen Waffenstillstandskommission gegen die niedrige Handlungsweise der Alliierten.

(WTB.) Berlin, 26. Jan. Der Bericht der Waffenstillstandskommission in Spa über die Vollziehung am 23. Januar berichtet u. a.:

In einer deutscherseits geforderten Mitteilung erklärten die Regierungen der alliierten Waffenstillstandskommissionen, daß nur die interalliierten Regierungen über den allgemeinen Rücktransport der deutschen Gefangenen zu entscheiden haben. Dagegen werde der Vorsitzende der französischen Waffenstillstandskommission auf das Nachdrücklichste vorschlagen, die deutschen Verwundeten und Kranken so schnell wie möglich heimzuschaffen. Die alliierten Kommissionen seien auch bereit, die gewünschten Listen sämtlicher Kriegsgefangener von ihren Regierungen einzufordern. Die deutsche Waffenstillstandskommission meint, es sei unerhört, daß bei solchem Dauerwaffenstillstand, während dessen kein Mensch an eine Fortsetzung des Krieges mehr denke, deutsche Gefangene auf unbestimmte Zeit in Gefangenschaft gehalten werden. Auf General Rutats Bemerkung, die Verlängerung des Waffenstillstandes sei nötig geworden, weil Deutschland seinen Verpflichtungen nicht rechtzeitig nachgekommen sei, erklärt General v. Winterfeldt er habe vom ersten Tage an darauf hingewiesen, daß die Deutschland auferlegten Bedingungen nicht voll erfüllt werden könnten, da sie Unmögliches verlangten. Auf die französische Beschwerde betreffend Ablieferung der Lastkraftwagen stellt die deutsche Kommission fest, daß Marschall Foch bereits am 15. Januar in Trier die Zahl der abgegebenen Lastkraftwagen mit 4742 und der zur Prüfung bei den alliierten Uebernahmungskommissionen einetroffenen auf 548 angab, dagegen sollen am 20. Januar 4229 Wagen übernommen worden sein. Sie erludt, in Zukunft auf solche Zahlen keine zu starken Vorwürfe aufzubauen. General von Winterfeldt überreicht sodann eine Beschwerde darüber, daß die zweimal verlangte Auskunft über den angeblichen Befehl Fochs, daß die deutschen Uebernahmsoffiziere ohne Rücksicht auf die Altersverhältnisse die alliierten Offiziere zu grüßen hätten, bis heute unbeantwortet geblieben ist. Der deutsche Vorsitzende müßte entschieden in dieser Nichtbeantwortung eine beabsichtigte Mißachtung seiner Stellung und seiner Person erblicken. Schließlich erklärt General v. Winterfeldt, er werde sich nicht gegen einzelne Fälle, sondern gegen das System, Marschall Foch habe in Trier Journalisten gegenüber erklärt, die Nichtbeantwortung solcher Noten gelte als abfällig und höflich. Der General macht nun auf eine in einer Unterkommission überreichten französischen Note aufmerksam, deren Ton höchstens einem Tributbescheid gegenüber anzunehmen sei. Er habe Erwägung geübt, solche Noten künftig nicht mehr entgegenzunehmen. General v. Winterfeldt erludt weiter um Aufhebung der Maßnahme aus der neutralen Zone alle nicht vor dem 1. August 1914 dort anwesig gewesenen jetzt entlassenen Militärpersonen auszuweisen, so allein in Mannheim 10.000 Personen.

(Aus dem Verhalten der Alliierten ergibt sich die niedrige Meinung der Generale und Diplomaten die nicht so viel Bildung besitzen, um ihren Triumph über den wehrlich nicht ritterlich besiegten Gegner verbergen zu können.)

### Losse Aufrechterhaltung der Blockade.

(WTB.) London, 28. Jan. Reuter erfährt, daß bei der Unterzeichnung des Waffenstillstandes von verschiedenen Seiten ein starker Druck ausgeübt worden ist, um die Härten der Blockade zu mildern. Die Möglichkeit von Zugeständnissen, wo sie gewünscht werden können, beschäufte sehr die Aufmerksamkeit der assoziierten Regierungen. Die alliierte Blockadekommission, die die Großmächte vertritt, tagt dauernd und ist damit beschäftigt, Zugeständnisse einzuräumen, wo immer die neue Lage sie durchführbar erscheinen lassen. Außer-

dem ist der Oberste Rat des Versorgungs- und Hilfswerkes mit der Erwägung der Lebensmittelhilfe beschäftigt. Man ist der Ansicht, daß, solange die Blockade gegen die Türkei aufrechterhalten bleibt, für Südosteuropa eine viel liberalere Politik berechtigt ist. Angesichts der Tatsache, daß die Möglichkeit einer Unterstützung des Feindes durch die Milderung der Blockade für die Gegner sehr fern liegt. Was die Mittelmächtigkeit anbelangt, so wird die Blockade, abgesehen von der Lebensmittelvereinbarung des Obersten Rates, dessen Aufgabe es ist, die Lebensmittelzufuhr für Europa zu überwehen und nach eigenem Gutachten die Versorgung vorzunehmen, tatsächlich im vollen Druce aufrechterhalten bleiben.

### Die Schweiz und die Entente-Konferenz.

(WTB.) Genf, 29. Jan. (Schw. Dep.-Ag.) Bundespräsident Ador traf, von Paris kommend, gestern vormittag um 11 Uhr in Genf ein. In Verantwortung einer Begrüßungsansprache des Präsidenten des Genfer Stadtrats führte der Bundespräsident u. a. aus: In wirtschaftlicher Hinsicht wurden von den französischen Ministern ausgezeichnete Zusicherungen gegeben. Die Fragen, die den Gotthardvertrag, den Befehl Bahnhof und die Flußschiffahrt betreffen, wurden mit lebhaftem Interesse aufgenommen. Die Zonenfrage wird durch eine französisch-schweizerische Kommission, die in den nächsten Tagen zusammentreten wird, geregelt werden. Der Bundespräsident fügte hinzu, daß besonders die Stellung der Schweiz gemäß ihrer Jahrhunderte langen Ueberlieferung und der internationalen Bedeutung ihrer Neutralität klar gestellt werden müsse. In bezug auf den Charakter der Pariser Konferenz führte Ador aus, daß nicht von einer Friedenskonferenz gesprochen werden könne, daß es sich hierbei vielmehr um eine Konferenz der Alliierten handle, welche Besprechung der dem Besetzten auferlegenden Bedingungen. Dies sei auch der Grund, weshalb die neutral gebliebenen Staaten nicht zugelassen dürften. Wenn einmal der Bund der Nationen bestimmte Gestalt annehmen würde, würden auch die Neutralen dazu berufen werden. — (Die Schweizer haben den Genfer Ador, den Franzosenfreund nach Paris geschickt, der den dortigen Verhältnissen am besten Rechnung zu tragen weiß. Dort wird mit den Franzosen über die deutsch-schweizerischen Grenzangelegenheiten und die Rheinschiffahrt verhandelt, weil Deutschland darüber nichts mehr zu sagen hat. D. Schr.)

### Holland will an den Vorkonferenzen teilnehmen.

(WTB.) Haag, 28. Jan. Wie das Korrespondenzbureau amtlich meldet, teilte der Minister des Aeußern mit, in diesen Tagen werde der Gesandte Ihrer Majestät in Paris, Jonshoer London, beauftragt werden, dem Friedenskonferenz und dem Präsidenten Wilson von einem Bericht Mitteilung zu machen, der die Grundsätze, die dem Völkerverbund zurande gelegt werden, behandelt. Er bekundet die Absicht (unter Vorbehalt der Stellung der Regierung zu den Einzelheiten) hierbei ein Zeichen des Interesses der Niederlande zu geben und das in dieser Frage vorhandene Material zur Verfügung des Konzeßes zu stellen. Der Konferenz wurde schon früher zur Kenntnis gebracht, daß die Regierung erwarte, daß, falls Fragen oder Angelegenheiten behandelt werden, die die Niederlande angehen oder die Staaten als solche im allgemeinen betreffen, Holland zu den Beratungen zugelassen wird.

### Die Demobilisation des amerikanischen Heeres.

(WTB.) Washington, 27. Jan. (Reuter.) General Marshall teilte im Senatsauschuß für Seeresangelegenheiten mit, daß Abmachungen mit den Schiffahrtsinstanzen getroffen worden sind, damit 300.000 Amerikaner im Monat heimbeordert werden können und das gesamte Expeditionsheer innerhalb sechs Monaten heimbeordert und demobilisiert werden kann. Wilson werde in Paris die Größe der amerikanischen Besatzungsarmee festlegen. General Marshall gab ferner an,

daß zehn Divisionen als Anteil Amerikas angeregt worden seien. Er fügte hinzu, er sei dafür, daß die Vereinigten Staaten ein stehendes Heer von 1/2 Million besitzen.

### Der englische Militarismus.

London, 29. Jan. Reuter erfährt, daß ein neuer Armeebefehl ausgegeben wurde, wonach über 35.000 Mann täglich demobilisiert werden sollen. Die Entlassung erfolgt nach Jahrgängen. Man hofft, mindestens alle Männer über 35 Jahren entlassen zu können. Während der nächsten 8 oder 9 Monate bleibt jedoch eine Armee von ungefähr 900.000 Mann erforderlich. — Wozu?

## Deutschland.

### Das Ergebnis der Wahlen in Hessen.

Darmstadt, 29. Jan. Das vollständige Ergebnis der Wahlen zur hessischen Landesversammlung ist folgendes: Sozialdemokratische Partei 31, Unabhängige Sozialdemokraten 1, Deutsch-Demokratische Partei 13, Zentrum 13, Deutsche Volkspartei 7, Hessische Volkspartei 5 Sitze.

### Das Ergebnis der Wahlen in Preußen.

Berlin, 29. Jan. Das Endresultat aus den Wahlen zur preussischen Landesversammlung liegt nach nichtamtlichen Meldungen, abgesehen von dem 8. Wahlkreis Posen, 21 Mandate, die bisher noch fehlten und nicht beschafft werden konnten, da seit gestern mittag jede Verbindung mit unserer Posener Agentur gestört ist, nunmehr für 401 Mandate vor. Davon entfallen auf die S.P. 143, Chr. V.P. (Ztr.) 87, D.V.P. 61, D.N.V.P. (Konf.) 11, U.S.P. 24, D.V.P. (National.) 18 Mandate. Außerdem erhielten die schleswig-holsteinischen Bauern- und Landarbeitersdemokraten einen Sitz, die Wahlen des 15. Wahlkreises (Munich) 2, und die des 16. Wahlkreises (Hannover) 4 Sitze.

### Ein Amerikaner über die Frage der Verurteilung des Beurteilung des Kaisers.

(WTB.) Berlin, 28. Jan. Die Pariser Ausgabe des „Daily Mail“ vom 25. Januar bringt eine Unterredung mit Georg Wickersham, früherer Generalkonsulatsanwalt Amerikas und Mitglied des russischen Kabinetts über die Schuld des Kaisers. Er erklärte, juristisch bestehe keine Möglichkeit den Kaiser zu verurteilen. Man könne vielleicht seine moralische Schuld feststellen, aber seine Verurteilung durch einen irgendwie gearteten Gerichtshof würde rein politischer, nicht richterlicher Natur sein und sei auf Grund des bestehenden Völkerrechts nicht möglich.

### Die Zustände an unserer Ostgrenze.

Bromberg, 29. Jan. Amtlich wird gemeldet: Gegen 5 Uhr nachmittags griffen gestern Polen in einer Stärke von etwa 200 Mann Wilhelmshof an. Sie wurden abgewiesen und bis Paulina zurückgeworfen. Paulina wurde angegriffen. Unter Zurücklassung von zwei Maschinengewehren und Munition zogen sich die Polen fluchtartig zurück. In der Gegend von Neßfeld erfolgreiche Patronenenttätigkeit. In den übrigen Abschnitten herrscht Ruhe.

Leutnant Kocalla vom 14. Infanterieregiment, Sohn des Gemeindevorstehers in Schlehenau, ist am vergangenen Mittwoch im Laufe von Verhandlungen, die er als Parlamentär mit den Polen bei Thure führte, mit Gewehrkolben erschlagen worden. In schwerverletztem Zustande, aber noch lebend, wurde er in das Schubinzer Lazarett eingeliefert, wo er inzwischen gestorben ist. Wie uns dazu noch mitgeteilt wird, erliden am folgenden Tage in dem Lazarett ein polnischer Matrose, um sich zu erkundigen, ob das „Schwein noch am Leben sei.“

### Begen einem vaterländischen Liebe.

Fulda, 29. Jan. Oberleutnant Weiffenbach, aktiver Offizier des hiesigen Feldartillerieregiments Nr. 47, wurde in der vergangenen Nacht 1 Uhr vom Sohne des Führers der hiesigen U.S.W., Motorenmeister Kröning, erschossen. Weiffenbach hatte nach der Darstellung des

Kommandos vom hiesigen Feldartillerieregiment mit 5 Offizieren vor dem Hause Krönungs vaterländische Lieder gesungen. Als die Offiziere 30 Meter vom Hause entfernt waren, fiel aus diesem ein Schuß. Die Offiziere eilten zurück und stießen im Hausflur auf Krönung und seinen Sohn. Im Verlaufe eines Wortwechsels wurde Oberleutnant Weissenbach vom Sohne Krönungs erschossen. Sämtliche bei dem Vorfall anwesenden Offiziere waren ohne jede Waffe.

### Württembergische Landesversammlung.

Stuttgart, 28. Jan. (S. i. g. u. n. g.) Am Regierungstisch die Minister: Lindemann, Kiene, Baumann, Herrmann, Schlack; später auch Minister Hegmann. Präsident Reil eröffnet die Sitzung um 3 1/4 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung über Botenschaft und Regenschaftsbericht der Prov. Regierung.

Vor Eintritt in die Aussprache erhält Ernährungsminister Baumann das Wort zu Mittellungen über den Stand unserer Volksernährung. Unsere erste Sorge war, zu verhindern, daß die politischen und militärischen Ereignisse eine weitere Verschlechterung unserer Ernährungslage nach sich zogen. Der Stand der Getreideversorgung hat sich im Dezember etwas gebessert, so daß die erhöhte Brotration bis auf weiteres aufrecht erhalten werden kann. Auf längere Zeit hinaus aber können wir die Verteilung der bisherigen Brotration nur ermöglichen, wenn wir vom Ausland entsprechende Zufuhren erhalten. Günstiger steht es zurzeit mit der Fleischversorgung. Schon im November d. J. konnten wir die fleischlosen Wochen aufheben. Die Vorräte für die Versorgung des Heeres gestatten es, daß das Reich ab 1. Februar die Fleischrationen allgemein um 100 Gramm für die Woche erhöhen kann. Eine weitere Verbesserung ergab sich aus dem durch die Demobilisation bewirkten großen Anfall von Schlachtopferten. Die Versorgung mit Kartoffeln ist im allgemeinen befriedigend. Die Zufuhr aus Norddeutschland hat zwar nach Ausbruch der Revolution aufgehört. Das Ergebnis unserer Kartoffelernte ist jedoch so, daß wir auch ohne die Fortsetzung der Zufuhr auskommen werden. Die größte Sorge bereitet uns immer noch die Fettversorgung. Die bisherigen ungenügenden Rationen können wir zwar beibehalten. Im allgemeinen kann vorläufig keine Rede von einer Lockerung der bisherigen Zwangsversorgung sein und wir müssen die Bevölkerung bitten, sich noch weiter ins Unvermeidliche zu schicken.

Hierauf wird die am Montag abend abgedroffene politische Generaldebatte fortgesetzt. Als erster Redner erhält Abg. Brudmann (D. d. P.) das Wort: Schon vor beinahe 20 Jahren, als wir die uns von England dargebotene Hand ausschlugen, ist die Grundlage zu unserer heutigen Lage geschaffen worden. Wir sind mit Bundesgenossen in diesen Krieg gezogen, die zum Teil durch vorausgegangene jahrelange Kriege erschöpft waren. Der größte Fehler wurde aber in dem Augenblick gemacht, als wir uns zu den bereits vorhandenen mächtigen Feinden noch Amerika zum Feind machten, Amerika, dessen Möglichkeiten von unserer militärischen Führung völlig verkannt wurden. Die innerpolitische Schuld kennen wir alle: der alte konservative Kampf gegen die Einführung des allgemeinen Wahlrechts. (Unruhe rechts.) Es kam der U-Baukrieg. Als dann zusammenbrach alles, was dem Volke als „große Erfolge“ vorgeführt worden war, da ist es vorgekommen, daß Admiral v. Tirpitz Führer des Volksbundes für Freiheit und Vaterland, der Vaterlandspartei u. a. Verbände einlub zur Schaffung einer einheitlichen „inneren Front“. Als ihm dann gesagt wurde, das geht jetzt wohl nicht, denn man habe kein Vertrauen zu seiner früheren Politik, da sagte er: „Merken Sie nicht, daß meine ganze Politik hinsichtlich des U-Baukrieges ein Bluff gewesen ist. Weil England selbst mit solchem Bluff arbeitete, so habe ich es für richtig gefunden, ebenfalls in dieser Weise vorzugehen.“ (Unruhe und Rufe von links: Hört! hört!) Daraufhin haben die Eingeladenen den Saal verlassen, und ich habe gesehen, wie Dietrich Schäfer vollständig zusammenbrach, als er sehen mußte, wie der „nationale Hero Deutschlands“ die Karten offen auf den Tisch leute. Die Mehrheitsparteien konnten die Lage, konnten aber nicht reden. Daher der Verständigungsfrieden. Er soll nach Abg. Bazille nicht annehmbar gewesen sein. Aber war es denn der damals vorgeschlagene Gewaltfrieden? (S. richtig! links.) Auch die militärische Schuld an der Niederlage liegt klar zutage. Das Heeresystem, klug und zweckmäßig aufgebaut für junge Leute, stand wie ein verschlossener Turm im Leben des Volkes, es fehlte die Beziehung zum Menschen im Soldaten. Die politische „Aufklärung“ im Heer ist eines der schlimmsten Karikel des Krieges. Dazu kamen noch die Ungleichheiten in der Verpflegung, Ablösung, Beurteilung. Das alles hat in Verbindung mit vielen andern Ursachen zum Zusammenbruch der Front führen müssen. (Sehr richtig! links.) Besonders der Umstand, daß die Oberste Heeresleitung zuletzt über die wahre Lage au-

der Front falsch unterrichtet wurde, hat viel zum bedauerlichsten Umschwung beigetragen. Es ist vorgekommen, daß ein vortrefflicher württembergischer General, der es gewagt hat, an seinen Heerführer wahrheitsgemäß zu berichten und vor der Fortführung der Offensive zu warnen, den Abschied erhalten hat. (Zurufe links: Hört! hört!) Ludendorff, groß als Heerführer, war kein großer Politiker. Dazu fehlte ihm die Fühlung mit dem wirtschaftlichen und politischen Leben und die weltpolitische Einsicht. Der Krieg aber hat sich zu einem großen, weltpolitischen Problem ausgewachsen. So war es ein unfellices Verhältnis zwischen Oberster Heeresleitung und Regierung. — Es ist ein fürchterlicher Mißbrauch mit der Spannkraft, Vaterlandsliebe und Opferbereitschaft unseres Volkes in diesem Kriege getrieben worden, wie nie zuvor. (Lebh. Zustimmung in der Mitte und links.) Und da glaubt man noch: es wäre besser gewesen, noch länger zuwarten und das Volk noch tieferer Erschöpfung entgegenzuführen? (Abg. Bazille: Wir waren nicht erschöpft! Zuruf von links: Ja, Sie!) Die Vaterlandspartei war immer der Ansicht, mit dem Willen und mit der Härte könne man stets Erfolge erringen. Sie bedachte nicht, daß das Heer aus Menschen besteht, für die es Grenzen gibt. (Lebh. Zustimmung in der Mitte und links.) Dann kam die Revolution. Es war genug Grundstoff da. Beobachtungen und Erfahrungen haben gezeigt, daß sie auch vorbereitet war. Unsere Schulden sind von 30 auf 240 Milliarden gestiegen, über zwei Drittel unseres Nationalvermögens haben wir verloren. 27 statt 6 Milliarden brauchen wir zur Bestreitung unserer Bedürfnisse, dazu droht Landverlust im Westen und Osten. 1 1/2 Millionen täglich erfordert in Württemberg die Arbeitslosenfürsorge — da kann nur die intensivste Anstrengung aller Kräfte, rationellste Arbeit und schärfste Ausnützung aller Rohstoffe bei sparsamster Wirtschaft uns den Aufbau ermöglichen. Dazu bedarf es vor allem einer Steigerung unserer Produktion, und diesem Zwecke soll die Sozialisierung dienen. So führen aber bedeutet bei uns, daß der Empfänger des Ueberschusses in den Betrieben der Staat sein soll. Durch die jetzige Wirtschaftsmethode werden in absehbarer Zeit die inneren Reserven und die Rücklagen erschöpft sein. Wenn wir jetzt vorwärts kommen wollen, dann dürfen wir die private Initiative nicht beengen. (Sehr richtig!) Die württembergische Industrie ist entschlossen, den Export wieder aufzunehmen, sobald die Tore wieder offen sind. Die Landwirtschaft wünscht dringend die Aufhebung der Zwangswirtschaft so bald dies irgendwie möglich ist. (Zustimmung in der Mitte.) Die Produktionssteigerung der Landwirtschaft muß mit allen Mitteln unterstützt werden. Es ist nicht unmöglich, Deutschlands traurigste Zeit als seine größte zu erkennen, wenn das Volk einig ist in gutem Willen zur Ordnung, Arbeit und Würde.

Stv. Ministerpräsident Dr. Lindemann: Die Botenschaft hat im ganzen eine günstige Aufnahme gefunden. Das Verhältnis von Württemberg zum Reich ist in der Debatte angezogen worden. Zentralisierung des Reichs lehnen wir ab und halten daran fest, daß der Charakter der Bundesstaaten im wesentlichen erhalten bleibt. (Bravo.) Wir gehen davon aus, daß der Bestand Preußens erhalten bleibt. Sollte eine Zerlegung Preußens je eintreten, so würde das nach unserer Auffassung die Bildung einer zentralen Reichsgewalt bedeuten, was mit dem Ende der Bundesstaaten gleichbedeutend wäre und diese zu Selbstverwaltungskörpern herabdrücken würde. Das Betreten dieses Wegs würde zum Zerfall des Reichs führen, dessen Einheit allein durch die förderative Verfassung verwirklicht wird. Die Tätigkeit der A- und S.-Räte haben nur teilweise Anerkennung gefunden. Man hört nur von ihren Mißgriffen, aber von ihren guten Leistungen hört man wenig, aber sie überwiegen die Mängel. Die ganze Verwaltung wäre ohne die Räte in die Brüche gegangen, besonders die Erleichterung der unzulässigen Belästigungen erfordert ihre Mitwirkung. (Widerspruch.) Wir haben auch Bauernräte und die Räte der geistigen Arbeiter. Ihre Tätigkeiten sind auch genau abgegrenzt. Einzelne Ueberschüsse mögen vorkommen, wir dürfen aber nicht vergessen, daß eine Revolution sich nicht abspielen kann in einem Salon. Es ist Pflicht unserer Regierungen, sich in die neuen Verhältnisse einzulernen. Herr Abg. Gröber hat nach dem Programm der Regierung gefragt und die Formulierung eines Arbeitsprogramms als Notwendigkeit bezeichnet. Die Regierung ist mit ihm von der Notwendigkeit eines solchen Programms überzeugt. Sie glaubt in ihrer Volkshaft diese Arbeit bereits geleistet zu haben. Wir in der provisorischen Regierung gehen davon aus, daß darüber hinaus grundlegende Neuerungen auf dem Gebiete der Staatsverwaltung, insbesondere auch auf dem Gebiete des Kirchen- und Schulwesens nicht in Angriff genommen werden können. Ueberdies wird ja erst die Verfassung für alle die geplanten Reformarbeiten den Grund und Boden zu schaffen haben. Das Hauptstück unserer Arbeit muß also sein, den Verfassungsentwurf so rasch wie möglich durchzuführen.

Becker des Kriegswesens Herrmann: Das Kriegsministerium war stets mit dem Bundesauschuß der Soldatenräte im Einvernehmen. Es war das denkbar Beste seit meiner Amtsführung. Die S.-Räte in ihrer jetzigen Form sind dann nicht mehr nötig, wenn das neue auf allgemeiner Wehrpflicht aufgebaute Volkshere reichsgefehllich festgelegt wird und den Soldatenräten ihre Stellung im Heer gesetzlich abgewiesen wird. Bis dahin erachten es die Soldatenräte als ihre staatsbürgerliche Pflicht, darüber zu wachen, die Errungenschaften der Revolution gesetzlich zu verankern. (Widerspruch im Hause.) Der Kriegsminister bespricht dann die Bemühungen der Regierungen um die Rückkehr der Truppen. Es standen rund 750 württ. Truppenteile im Feld. Davon fehlen noch 232 mit rund 8500 Köpfen. 415 aller Formationen sind demobilisiert oder aufgelöst. Dabei hat die Bevölkerung große Opferwilligkeit gezeigt, die dankbar anerkannt wird. Der größte Teil der 61 000 Kriegsgefangenen in Württemberg ist in seine Heimat abtransportiert, 13 000 Russen, 1000 Serben, 2500 Rumänen, die noch verbleiben, werden bald folgen. Bei der Verwertung des Heeresguts sind wir an Weisungen im Reich gebunden. Zahlreiche Sammelstellen wurden auf dem Rückmarschgebiet eingerichtet. Die Tätigkeit der Schutzpolizei gehört auch hierher. Sie hat Heeresgüter von über 1 Million Wert bis jetzt beigebracht. Von Württemberg sind casarmarschiert: 3000 Offiziere, 98 000 Unteroffiziere und Mannschaften; die Friedensstärke betrug 31 000 Mann. Während des Krieges stieg die Stärke bis auf 248 000 Mann. Zum Ersatz der Verluste stieg die Zahl bis auf 520 000 Köpfe = 21 Prozent der gesamten württ. Köpfe. Gefallen sind 59 000 Offiziere und Mannschaften = 11,3 Prozent; verwundet wurden 158 000 Mann = 30,4 Proz.; vermißt sind 17 000 Mann = 3,3 Proz. Nebenfalls werden wir für die Unterführung der Hinterbliebenen der Gefallenen eintreten. An Stelle des bisherigen Heeres soll ein Volkshere treten auf demokratischer Grundlage.

Abg. Ruder (Zentr.): Die Rätewirtschaft darf nicht verewigt werden. Das Resultat der Rätewirtschaft wird katastrophal sein. Es ist merkwürdig, daß der Minister des Innern so wenig warme Worte für seine Beamten gefunden hat und nur für die Räte. Eine Volksabstimmung würde die Räte abschaffen. Neben der Landesversammlung und der Regierung darf künftig kein besonderes politisches Organ mehr weiterbestehen. Die heutige Erklärung der provisorischen Regierung bezüglich der Kirchen- und Schulfragen begrüßen wir. Den Berufsbeamten muß auch unter dem parlamentarischen System die Möglichkeit zur Vorrückung bis in die höchsten Stellen gegeben werden. Eingehend spricht der Redner hierauf gegen die Sozialisierung und sagt: Wir brauchen heute Unternehmerinitiative und Arbeitslust. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Wie in einer gestrigen im Arbeitsministerium gehaltenen Sitzung mitgeteilt worden ist, werden seit einiger Zeit für die Redaktionsaktivierung 2200 Arbeiter gesucht, wogegen sich bisher nur 400 gemeldet haben; und dabei haben wir in Stuttgart allein 8000 angebl. Arbeitslose. Die Kriegsgesellschaften sollten möglichst bald wieder verschwinden und nicht, wie die Sozialdemokratie im stillen hofft und wünscht, zur Sozialisierung ganzer Industrie- und Handelsgruppen verwendet werden. Das neue Lohnsystem ist auszubauen.

### Eine Vertrauensvotum für die Regierung.

\* In der gestrigen Sitzung sprach die Rednerin der Unabhängigen, Clara Zetkin, in temperamentvoller Weise. Ihre durchaus polemischen Ausführungen richteten sich gegen die Mehrheitssozialisten in der Regierung, die nach ihrer Ansicht eine bürgerliche Politik treiben. Nachdem der Abg. Körner sich gegen den Vorwurf gewehrt hatte, als ob seine Partei allein an dem Zusammenbruch schuldig sei, und nach einigen Auseinandersetzungen zwischen Gröber und dem Kultusminister Herrmann beantragten Hauffmann (D. D. P.), Gröber (Str.) und Fischer (Soz.) die provisorische Regierung, die ihre Aemter zur Verfügung gestellt hatte, zu beauftragen, die Geschäfte fortzuführen. Das bedeutet also eine Vertrauenskundgebung, wie sie in parlamentarisch regierten Ländern üblich ist. Die Vertrauenskundgebung wurde gegen die Stimmen der Bürgerpartei und des Bundes der Landwirte, sowie der Unabhängigen angenommen, und die vorläufige Regierung damit bestätigt. Die Regierung stützt sich also auf die Mehrheitssozialisten, die Deutsche Demokratische Partei und das Zentrum, nachdem die Sozialisten im Bezug auf die religiöse Erziehung und die Sozialisierung letzterer Partei gegenüber beruhigende Erklärungen abgegeben hatten.

### Aus Stadt und Land.

Calw, den 30. Januar 1919.

Rodelunfall.

\* Beim Rodeln auf der Stammheimer Seige erlitt gestern nachmittag der 12 Jahre alte Sohn des Archidiakons Kieiner einen Oberschenkelbruch.

**Auch der Stuttgarter Soldatenrat gegen die Verfügung der Reichsregierung.**

Die Stuttgarter Soldatenräte haben am Dienstag die Neuwahlen zum Garnisonrat vorgenommen und dann zur Frage der Kommandogewalt folgende Erklärung beschlossen: Die Versammlung der Soldatenräte Groß-Stuttgarts weist die Verfügung der Reichsregierung und des Zentralrats über die Kommandogewalt mit Entrüstung zurück. Die Versammlung verpflichtet sich, alles zu tun, um derartige Verfügungen zu unterdrücken, indem sie in allen Truppenteilen für entsprechende Aufklärung sorgt, damit die Rechte der Soldaten bestehen und die Errungenschaften der Revolution erhalten bleiben.

**Spartakusbewegung.**

(EGB.) Stuttgart, 27. Januar. Die Direktion des Stuttgarter „Neuen Tagblatts“ teilt auf eine offene Anfrage im „Sozialdemokrat“ diesem mit, daß gelegentlich der Besetzung des „Tagblatt“-Betriebes in den ersten Morgenstunden des 10. Januar bei der Direktion

des „Tagblatts“, als in der vorausgegangenen Nacht abhanden gekommen folgende Gegenstände gemeldet wurden: eine wollgefüllte Toppe, ein braunes Jackett, eine Bürojacke, ein Jackett, ein Fuchspelzmuff, eine fast neue Pelzmine, eine Frauenschürze, ein schwarzer seidener Regenschirm, drei Taschmesser (davon ein Messer im Etui), ein Radtermesser, drei Scheren, einen Meterstab, ein größeres Taschennotizbuch, eine Gesichtseife, 50 Zigaretten, zwei Schlüssel, mehrere Blei-, Blau- und Kopierstifte, sowie Federhalter, eine Anzahl Brot- und Kipfmarken sowie 5,70 M in barem Geld.

.. Oberhaugstett, 28. Jan. Im Anschluß an eine Visitationstour hielt gestern abend um 7 Uhr im hiesigen Rathaus Herr Oberamtsbaumwart Widmann einen sehr interessanten Vortrag über Baumzucht und Baumpflege. Insbesondere sprach er auch über den Wert des Obstes. Dem Vortrag wohnte eine große Anzahl hiesiger Bürger bei, darunter viele junge Leute.

Es wurden Anfragen gestellt, und darüber ausführlich und Winke gegeben. Schultheiß Proß sprach im Namen der Bürgerschaft Herrn Widmann seinen Dank aus. Wir hoffen, daß der Vortrag auf einen guten Grund gefallen ist.

Bahnung, 28. Jan. Gestern Abend 10 Uhr brannte innerhalb weniger Stunden die Lohmühle, Extraktfabrik und ein größerer Rindenschuppen der Firma Karl Käp, Lederfabriken, nieder. Das Feuer wurde durch die in dem ca. 30 Meter langen Schuppen aufgestapelten riesigen Rindenvorräte (etwa 60 Eisenbahnwagen) genährt. Der Schaden ist bedeutend. Ueber die Entstehungsurache läßt sich augenblicklich noch nichts sagen. Der Betrieb dürfte weitergehen. Die Extraktfabrik ist erst 1917 erbaut worden; die Gebäulichkeiten standen von der eigentlichen Lederfabrik getrennt.

Druck und Verlag der „Gesellschaft für Buchdruckerei, Calw.“ Für die Schrift verantwortlich: Otto Seltmann, Calw.

**Bekanntmachung.**

Am Freitag den 31. Januar eröffnet die Marineentlassungsstelle München eine Zweigstelle in Stuttgart in der Bürgerschule Schloßstraße. Geschäftsstunden: 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags.

Sämtliche sich in Württemberg und Baden aufhaltenden Marineangehörigen (auch Elsaß-Lothringer) haben sich zwecks Regelung ihrer Entlassung bezw. sonstigen Ansprüchen bei der Marineentlassungsstelle in Stuttgart zu melden.

**Entlassen werden:**

1. Alle vor dem 31. März 1917 eingetretenen Angehörigen.
2. Der Jahrgang 99 wird zur Disposition,
3. der Jahrgang 1900 u. jüngere zum Landsturm entlassen.

Die Entlassungszweigstelle erteilt ferner Auskünfte und Rat an Marineangehörige.

Denjenigen Marineangehörigen, denen ihre Militärpapiere aus irgend einem Grunde abhanden gekommen sind, wird empfohlen, einen Ausweis von einer Behörde zwecks Legitimation bei der Entlassungsstelle mitzubringen, da sonst zeitraubende Nachforschungen entstehen und die Entlassungen unnötig verzögert werden.

Zunächst werden die in Stuttgart-Stadt wohnhaften Marineangehörigen entlassen werden. Für die anderweitig in Württemberg und Baden lebenden Marineangehörigen erfolgt in Kürze erneute Aufforderung zur Meldung.

Von auswärts zureisende Marineangehörige können bei der Bahnhofskommandantur nähere Auskunft einholen.

**Marineentlassungsstelle München.**

(gez.): Heinke, Korvettenkapitän und Vorstand.

Marinerat München.

S. A. d. A. u. S.-R. Württ.

R. i. d. G. R.

(gez.) H. J. H. L.

Der Chef des Stabes.

(gez.) Wöllwart, Oberstleutnant.

**Stadtschultheißenamt Calw.**

Die auf Buttermarke Nr. 5 bestellte

**Butter**

kann gekauft werden.

Calw, den 29. Januar 1919.

Stadtschultheißenamt: Söhner.

Calw.

**Einschränkung d. Gasverbrauchs.**

Die Gasverbraucher werden wiederholt nachdrücklichst

**zu sparsamem Gasverbrauch aufgefordert.**

Durch die Verwendung von Holzgas wird an einzelnen Brennstellen mangelhafte Leuchtkraft des Gases eintreten.

Wir ersuchen erneut, Beanstandungen dieser Art der Verwaltung zu melden, damit Abhilfe getroffen werden kann.

Den 29. Januar 1919.

Städt. Gaswerksverwaltung: Frey.

**Grundbuchamt Calw.**



**Wohnhaus-Versteigerung.**

In der Nachlasssache der f. Marie Käufer, geb. Kirn, Witwe des Gottlieb Käufer, Eisenarbeiters, hier, kommt deren Anwesen Geb. Nr. 291 44 qm Wohnhaus und Hofraum im Zwinger, Parz. Nr. 329 61 qm Gemüsegarten und Mauer allda

am Montag, den 3. Februar ds. Js., nachmittags 2 Uhr,

auf dem hiesigen Rathaus öffentlich zur Versteigerung.

Liebhaber sind eingeladen.

Den 29. Januar 1919.

Grundbuchbeamter Gerichtsnotar Krahl.



**Haus-Verkauf.**

Verkaufe mein Anwesen mit

**Haus, Stallung und Scheuer**

fowie einige Morgen Feld.

Wer, hat die Geschäftsstelle dieses Blattes.

**R. Forstamt Stammheim. Reifig-Verkauf.**

Am Samstag, den 1. Febr. 1919, nachmittags 4 Uhr, im Bären in Stammheim aus Staatswald Hinterer Schleisberg, Renthemerberg, Hinterer Teich und Obere Jägerwiese 75 Lose ungebund. Nadelreife teilweise mit Buchen, geschätzt zu 12360 Welsen.

Am Mittwoch abend um 8 Uhr ging von der unteren Leberstraße bis Ernstmühl ein

**Korb mit Inhalt verloren.**

Der ehrliche Finder wird gebeten, denselben gegen gute Belohnung in der Geschäftsst. d. Bl. abzugeben.

Ein schwarzer

**Dachshund**

hat sich am 28. Jan. zwischen Ottenbronn und Unterrhaugstett

**verlaufen.**

Um Auskunft bitte gegen gute Belohnung.

**W. Rothacker, Rapsenhardt**

**Pferdefutter**

zirka 100 Zentner, in Ballen gepreßt, hat abzugeben.

**A. Ruy, Mehlschlundung.** Telephon 6.

**Wütlingen.**

Einen 6 Monate alten

**Stier** (gelbsch) sehr dem Verkauf aus.

**Chr. Stauch.**

**Eimmogheim.**

Einen jährigen

**Stier** und **Rind**

sowie einen

**Truhenwagen**

geeignet für Steinsuhrwerk hat zu verkaufen.

**Johannes Koller.**

Schönes 19 Monate altes

**Zucht-**

**Rind** ebenso ein e wenig gebrauchte

**Schuhmacher-Maschine.**

gut erhalten, um den Preis von 180 Mk. zu verkaufen.

**Friedr. Maier, Schuhmacher** Merlingen D. A. Leon.erg.

**Unterhaugstett.**

Sonntag, den 2. Februar, findet im Gasthaus zum „Hirsch“

**Konzert u. Tanz**

vom Infanterie-Regiment Nr. 126

statt. Dazu ladet freundlich ein

**Konrad Bürkle.**

**Statt besonderer Einladung!**

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Sonntag, den 2. Februar 1919, stattfindenden

**Hochzeits-Feier**

im Gasthof zum „Abler“ in Liebenzell freundlichst einzuladen.

**Georg Ruhn,**

Sohn des f. Litographen G. Ruhn, Dürren (Rheinland);

**Hilbe Ruhn,**

Tochter des Obermüllers Martin Ruhn, Liebenzell.

**Dienstboten gesuche**

sind in unserem Blatte stets von Erfolg, da der grösste Teil der Auflage auf dem Lande Verbreitung findet. ---

17 jähriger

**Bursche**

**sucht Stelle**

**i. Landwirtschaft**

**Ernst Kienle, Gchingen.**

5 Zentner schönes

**Tafelobst**

verkauft.

Wer sagt die Geschäftsstelle d. Bl

**Kaufe jedes Quantum**

**Kleesamen**

**C. Straile, Althengstett.**

1 jährige

**Ziege**

hat zu verkaufen.

**Georg Sackinger, Injel.**

Trüchtige

**Ziege**

zu verkaufen. Näheres in der Geschäftsstelle des Blattes.

Habe am Freitag schöne

**Läufer-**

**Schweine**

im Gasthaus z. „Hirsch“ in Calw.

**Jakob Röngeter, Cannstatt.**

**Wasserglas**

empfehl

**Carl Serva.**



**3 Pferde mittleren Schlags und 1 Kasse-Pferd**

7 Jahre alt, sind zu verkaufen.

Näheres in der Geschäftsstelle dieses Blattes.



### Statt besonderer Anzeige!

Calw, den 29. Januar 1919.

### Todes = Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß nun auch unsere liebste, treubeforgte Mutter

**Frau Fanny Claus, geb. Haist,**  
Oberamtsbauemeisters = Witwe,

heute früh nach langem schwerem Leiden im 63. Lebensjahre unserem am Weihnachten verstorbenen Vater in den Tod nachgefolgt ist.

In tiefem Schmerz:

**Hans Claus, Regierungsbaumeister,**  
mit Frau Hertha, geb. Braemer.  
**Viktor Claus.**

Die Beerdigung findet am Samstag, den 1. Februar nachmittags 2 Uhr statt.  
Für Beileidsbesuche wird herzlich gedankt.

Gehingen, den 28. Jan. 1919.

### Dankagung.

Für die vielen B. weise aufrichtiger Teilnahme, die wir bei dem herben Verlust unseres lieben, unvergeßlichen Sohnes und Bruders



**Musketier Josef Bierle**

in so reichem Maße erfahren durften, besonders dem Herrn Pfarrer Grundgeiger für die trostreichen Worte, sowie dem Militärverein und der Feuerwehr, für die zahlreiche Beteiligung am Trauergottesdienst sprechen wir unseren herzlichsten Dank aus. Ebenso danken wir allen denjenigen, welche ihm während seiner Krankheit Liebe erwiesen haben.

Die trauernden Hinterbliebenen.

**Dr. E. Schmid - Liebenzell**

hält seine

**Sprechstunde**

von jetzt ab bis auf weiteres

**Dienstag und Freitag von 10-11 Uhr,**  
**die übrigen Tage von 11-12 Uhr.**

Empfehle meine

**Davoser Schlitten**

sowie

**Wickel = Samaschen**

sehr billig

Hans Heimgärtner, (E. Kempf's Nachfolger).

Auf 1. März oder später

**2-Zimmerwohnung**

zu vermieten.

Fr. Moros, Lederstraße.

Sommerliche

**3-Zimmerwohnung**

gesucht, für kleine, ruhige Familie auf 1. Juli ev. auch früher.

Von wem sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Auf 15. März oder 1. April wird sommerliche

2-3 Zimmer-

**Wohnung**

gesucht

Paul Halb, Alturgerstr 277.

**Piano**

zu mieten gesucht in Privathaus.

Angebote unter E. 11 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Zwei massive eichene

**Tische**

geeignet für Wirtschaften hat wegen Entbehrlichkeit zu verkaufen.

J. Baug, Bahnhofswirtschaft.

Einen noch gut erhaltenen

**Kinderwagen,**

sowie verstellbaren

**Kinderstuhl,**

und ein eisernes

**Bettläble**

verkauft. Wer sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Einen großen, eisernen

**Kinderschlitten**

sowie einen

**Bergschlitten**

hat wegen Entbehrlichkeit zu verkaufen. Wer sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

## Herzliche Einladung.

Wer mit uns Gott danken will für glückliche Heimkehr aus dem Kriege ist mit seinen Angehörigen herzlich eingeladen zu unserer

## Dantes = Versammlung

am 2. Februar 1919, nachmittags 3 Uhr, im Missionshaus zu Liebenzell.

Auch Angehörige gefallener Kameraden sind herzlich willkommen.

Die Kameraden: Karl Czerminski, Friedrich Fabriz, Herm. Großwendt, Wilh. Heinsen, Aug. Meyer, Joh. Nahsen, Adolf Sauter, Johs. Schumacher, Franz Strauß, Kurt Schmidt, Adolf Witt.

### Geschäfts-Empfehlung.

Den geehrten Einwohnern von Stadt und Land bringe ich zur gef. Kenntnis, daß ich vom Militär entlassen bin und mein Geschäft wieder weiter betreibe. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, meine werthe Kundschaft in



**Ausführung**

**sämtlich. photographischen**

**Arbeiten**

zur vollen Zufriedenheit zu bedienen. Ich bitte mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Auf Wunsch erfolgt Besuch nach auswärts.

**Fr. Ziegler**

Atelier für Photographie u. Vergrößerung.

**Rötenbach**

während des Krieges Regis.-Photograph b. Ref.-I.-Rgt. 119.

## Hüte zum Umfaconieren

nach neuesten Mustern

werden angenommen bei

**MARIE DORN.**

## Fahrnis-Verkauf.

Wegen Entbehrlichkeit verkaufe ich am Samstag, 2 Uhr im Hause Schiler, Marktplatz 51 folgendes:

1 Kommode, 1 Bettrost 205,98 cm zu Liegesofa geeignet, 1 eichene Wanduhr, 1 Fenstertritt mit 2 Schubladen, verschiedene Wandkretter, Vorhanggalerien, 1 schönes Vogelkäfig, 1 Ofenstein und sonstiges.

Liebhaber sind eingeladen.

Stadlinventierer Kolb.

## Fahrnis-Versteigerung.

Unterzeichneter verkauft am Freitag, nachmittags 1 Uhr, im Zwinger, aus der Masse der Marie Hauser Ww., gegen Barzahlung:

Einiges Frauenkleider, 1 Bett mit Bettlade und Kofsch, Porzellan, Schreinwerk: 1 Kleiderkasten, 1 Kommode, 1 Nachtlische, Küchekasten, 1 Wehltruhe, 1 Tisch, 1 eich. Kranzstande, 1 Waschkübel, 1 Regulateur, 1 Spiegel, 1 Zylinderhut, 1 Sägeböck, Säge und Beil, sowie allgemeinen Hausrat.

Liebhaber sind eingeladen.

Stadlinventierer Kolb.